

räume rund um den Pazifischen Ozean. Die schwankende Haltung der U.S.A. und die ausgesprochene Zurückhaltung Englands lassen Möglichkeiten aufdammen, die die hier aufgestellte These als nicht unwahrscheinlich erscheinen lassen.

In den Vereinigten Staaten weiß man, daß dem japanischen Hundert-millionenvolk eine künstliche Beschränkung seines Lebensraumes auf die Dauer nicht aufzuerhalten werden kann.

Unter den bisherigen Umständen war es trotz der leidenschaftlichen Gegenpropaganda der „Hundertprozentigen“ auf dem Wege über den panamerikanischen Unionsgedanken nicht möglich, die südamerikanischen Staaten zur Schließung ihrer Grenzen gegen die japanische Einwanderung zu bringen. Mit der Erreichung dieses Zieltes kann nur gerechnet werden, wenn dem japanischen Volk neuer Lebens- und Wirtschaftsraum eröffnet wird.

Bevor Japan an der Seite der Entente-mächte in denn Weltkrieg eintrat, hat es — dafür liegen jetzt unanfechtbare Beweise vor — versucht, England das nord-australische Territorium abzutreten. Der Versuch mißlang, und auch in der Nachkriegszeit zeigte sich je länger je weniger auch nur die geringste Hoffnung, daß Japan auf dem australischen Kontinent jemals auf Grund friedlicher Vereinbarungen weite Fuß fassen können, sei es auch nur durch Entsendung eines Teiles seines Bevölkerungsoberschusses.

Dieser Bevölkerungsüberschuß aber hat allmählich nicht nur einen reinen physisch-ethnographischen Ueberdruck auf den beschränkten Raum des japanischen Inselreiches geschaffen, der nahezu unerträglich ist, sondern auch eine wirtschaftliche und Produktionskapazität, die unbedingt Betätigungsräume braucht.

Er ist, bei Ausschaltung des amerikanischen und des australischen Raumes, in ausreichendem Maße nur in China zu finden, und zwar in einem reorganisierten China.

Ist dies Japans Ziel? Glaubt Japan sich berufen, das chinesische Chaos zu entwirren? Und sind die beiden angelsächsischen Mächte vielleicht doch nicht so beunruhigt, wie man denken sollte, weil diese Lösung den japanischen Bevölkerungsüberschuß in eine ihren unmittelbaren Interessensphären ungeschädliche Richtung lenkt? Aber was wird Russland tun, wenn es erst einmal so weit ist, an aktives Handeln denken zu können? Soviel Fragen — soviel Probleme von unabsehbarer weltpolitischer Bedeutung!

Die Japaner nehmen sich Zeit

Der japanische Kriegsminister Kraki erläuterte der japanischen Presse die Lage in Schanghai und die Stellungnahme der japanischen Regierung zu den amerikanisch-britischen Forderungen, und bemerkte dabei, daß nach seiner Auffassung die japanischen Truppen noch etwa drei bis fünf Monate in Schanghai bleiben müßten, um dort die Ordnung anzurechtzuerhalten.

Befehung der Wufung-Forts

Schanghai, 6. Februar. (Radio.) Die am Freitag mittags der Wufung-Forts gelangten japanischen Truppen, die sich aus 4 Bataillonen japanischer Infanterie in Stärke von 3000 Mann und 800 Seesoldaten zusammensetzen, haben die Forts besetzt, ohne daß von chinesischer Seite Widerstand geleistet wurde.

Nach einer sowjetamtlichen Meldung aus Hankau hat sich die Lage in Hankau weiter verschärft. Die Japaner errichteten Verteidigungsstellungen und heben Schützengraben an. Besonders befehigt werden die strategisch wichtigsten Punkte.

Nach schwerem Kampf gelang es den Japanern, den japanischen Friedhof in Schapei zu besetzen. Die Chinesen halten noch die Trümmer des Nordbahnhofes.

Tokio, 6. Februar. (Radio.) Die bisherigen Verluste der Japaner in Schanghai werden von maßgeblichen Kreisen auf 10 v. D. der gesamten an Land befindlichen Seesoldaten gerechnet.

London, 6. Februar. (Radio.) Der Sinesische General Lamou, der den Japanern freundlich gesinnt ist, hat nach der Befehung der Stadt Charbin dort das Ständrecht erklärt. Er beabsichtigt, eine vorläufige Regierung zu bilden.

Ab 1. März englischer Hochschulgoll

London, 6. Febr. (Radio.) Der neue Zolltarif soll nach Pressemeldungen am 1. März in Kraft treten. Das parlamentarische Programm sieht vor, daß die jetzt dem Unterhaus vorliegenden drei Zolltarifentwürfe bis Mittwochabend erledigt werden, woran anschließend dann das neue Einfuhrzollgesetz eingebracht wird. Die Regierung wird die Zolltarifliste erst bekanntgeben, wenn das Gesetz eingebracht wird. Sie wird, wie „Daily Telegraph“ behauptet, nur wenige Warenkategorien enthalten, darunter auch Ölzenerz.

Spaltung der Wirtschaftspartei in Sachsen

Weber und Kaiser geben zu den Deutschnationalen

Die bisher der Wirtschaftspartei angehörenden sächsischen Landtagsabgeordneten Finanzminister a. D. Dr. h. c. Weber, Obermeister Hermann Kaiser und Diplom-Volkswirt Wilhelm Hüffel als bisherige Leiter der Wirtschaftspartei in Sachsen teilen in einer Pressefundgebung ihren Austritt aus der Wirtschaftspartei und ihren Beitritt zur Deutschnationalen Volkspartei mit und fordern den deutschen Mittelstand auf, sich zur Vertretung ebenso der nationalen wie auch ihrer berufständischen Interessen in der DVP. zusammenzuschließen.

Die Gründe für den Austritt

In der Kundgebung, die die zur Deutschnationalen Volkspartei übergetretenen wirtschaftsparteilichen Landtagsabgeordneten erlassen haben, heißt es:

„Die von uns bisher vertretene Wirtschaftspartei, gebildet als politische Vertretung des deutschen Mittelstandes, hat in Verkennung der Verbundenheit des Mittelstandes mit einem national registrierten Deutschland ihre bisherige nationale Linie verlassen.“

Die Wirtschaftspartei hat ihre gegebene politische Schlüsselstellung zur Erzwingung einer national orientierten Regierung nicht genutzt.

Es besteht auch keine Aussicht, daß die Reichstagsvertretung der Wirtschaftspartei ihren namentlich fehlgeleiteten Mittelstand, im Gegenteil, es sollen von maßgebenden Führern der Wirtschaftspartei Verhandlungen geführt werden, ihre bisherigen Wähler auf eine Vereinigung mit den sogenannten Mittelparteien festzulegen, die bisher die marxistische Verlesung der Reichspolitik mitgemacht und gefördert haben.

Einzeichnungsfrist bis zum 13. Februar

In den ersten drei Tagen haben sich nach der vorläufigen Erklärung insgesamt 515 000 Personen eingetragen.

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahn äußerte sich einem Vertreter der „Allg. Ztg.“ gegenüber über die Aktion des Hindenburg-Ausschusses. Dabei teilte er mit, daß die Einzeichnungsfrist bis Sonnabend, den 13. Februar, endgültig ausgedehnt worden ist.

Der „Stahlhelm“ befürwortet Hitlers Einbürgerung

Wie die Pressestelle des Stahlhelm mitteilt, herrscht in der Bundesführung des Stahlhelm die einheitliche Auffassung, daß Adolf Hitler, nachdem er vier Jahre im Felde als deutscher Soldat gefochten und für tapferes Verhalten das E. R. I. bekommen hat, damit ohne weiteres die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen sollte. Vorkämpferische Auseinandersetzungen seien vom Frontsoldatenstandpunkt aus nicht würdig.

Thüringens Regierung verurteilt Fricks Handlungsweise

Das Thüringener Kabinett beschäftigte sich gestern mit dem Versuch Fricks, Hitler durch Anstellung im Staatsdienst die thüringische Staatsangehörigkeit zu verleihen. Ueber den Verlauf der Sitzung wird bekanntgegeben:

„Die Absicht, einem verdienten Frontsoldaten des deutschen Kriegsheeres alle Rechte eines deutschen Staatsbürgers zu geben, betrachtet man als durchaus verständlich. Das Staatsministerium bedauert aber die verstedte und unwürdige Art, mit der seitens des damaligen thüringischen Innenministers die Beamtenstellung Fricks' versucht wurde. Die Staatsregierung ist einstimmig der Auffassung, daß kein Anlaß vorliegt, gegen die beiden beteiligten Beamten ein Disziplinarverfahren einzusetzen.“

Die Nationalsozialisten dürfen in die Reichswehr

Das Reichswehrministerium hat mit Verfügung vom 29. Januar die Vorschriften aufgehoben, die die Einstellung von Nationalsozialisten in die Reichswehr verboten. Eine grundsätzliche Ablehnung nationalsozialistischer Bewerber findet künftig nicht mehr statt.

Eine weitere, nicht uninteressante Anordnung ist ebenfalls vom Reichswehrministerium gegeben worden. Bisher waren Angehörige der Reichswehr verpflichtet, bei allen öffentlichen oder pri-

Ein solches Verbot können wir im Interesse des Mittelstandes und des deutschen Volkes nicht verantworten.

Aus dieser Ueberzeugung heraus ergibt sich für uns die politische Notwendigkeit, aus der Wirtschaftspartei auszuschcheiden

und der Deutschnationalen Volkspartei beizutreten, die unter ihrem Führer Eugenberg in der richtigen Erkenntnis der Tatsachen durch Bekämpfung der Erfüllungspolitik und des marxistischen Systems schon seit Jahr und Tag heute den kraftvollsten Fortschritt die nationale Weltgeltung Deutschlands, die Erhaltung seiner Privatwirtschaft und die freie Entfaltung des einzelnen im Rahmen des berufständlichen Aufbaues darstellt.

Wir fordern daher alle Mittelständler auf, uns zu folgen, um in dem Mittelstandsausschuß der Deutschnationalen Volkspartei die Kräfte zu sammeln, um neuer geschlossener politischer Vertretung des Mittelstandes in den Reihen klarer nationaler Führung.“

Dr. Wilhelm ist der neue Führer

Von ununterrichteter Seite wird folgendes mitgeteilt:

Der Schritt der Herren Dr. Weber und Kaiser kommt der Reichspartei des deutschen Mittelstandes nicht unerwartet. Die am Sonntag verammelt gewesene Landesleitung und die Wahlkreisversammlung in Sachsen haben den Herren einmütig ihre Mißbilligung ausgesprochen. Die Wahlkreise haben sie zur Niederlegung ihrer Mandate aufgefordert, zu der die Herren kraft des von ihnen gegebenen Ehrenwortes verpflichtet sind. Die Leitung der Reichspartei des deutschen Mittelstandes in Sachsen ist von den Herren Staatsminister a. D. Dr. Wilhelm, Obermeister Beier (früherer Reichstagsabgeordneter) und Obermeister Kalles übernommen worden, hinter denen die ganze Partei geschlossen steht.“

väten Veranstaltungen, auf denen die nationalsozialistische Parteiführung geehrt wurde, die betreffende Veranstaltung ohne weiteres zu verlassen, ebenso wie bei Zeigen der roten kommunistischen Fahne. Diese Verfügung ist jetzt dahin eingeschränkt, daß künftig nur noch die Sowjetfahne als das Zeichen der einzigen staatsfeindlichen Partei von Angehörigen der Reichswehr zu meiden ist. (Selbstverständlich bleibt die Entpolitisierung der Reichswehr weiterhin das erstrebenswerte Ziel. Politik muß aus der Reichswehr draußen bleiben und jeder, der Soldat wird, hat seine parteipolitischen Bindungen zu lösen, gleich welcher Richtung.)

Sie können's nicht lassen

Vor einigen Tagen wurden nachts über die Katernhofen in Palenau kommunistische Verteilungsblätter geworfen. Der Polizei ist es gelungen, der Täter habhaft zu werden. Es handelt sich um vier Kommunisten. Sie wurden in das Amtsgerichtsgefängnis abgeführt, wo sie sich vor dem Schnellrichter zu verantworten haben werden.

Haussuchungen bei Nazis in Baden

Die „Der Führer“ meldet, wurden am Donnerstag in ganz Baden Hausdurchsuchungen der NSDAP, und einzelnen Parteimitgliedern vorgenommen, die, dem Parteiauftrag, alle ergebnislos verlaufen sind. „Der Führer“ bringt Einzelheiten und bemerkt dazu, daß sämtliche beschlagnahmte Material ganz harmloser Natur sei.

Den Anlaß zu den Hausdurchsuchungen bildet ein Sonderrundschreiben des landwirtschaftlichen Hochrates der badischen NSDAP, in welchem die bäuerlichen Parteigenossen aufgefordert werden, zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes im kommenden Winter von der neuen Ernte nur soviel zu verkaufen, daß die dringlichsten Verpflichtungen gedeckt werden könnten. Von der Teilgenossenschaft sei eine vernünftige Preispolitik und Schutz der Ernte nicht zu erwarten. Wer die Ernährung des Volkes beherrsche, beherrsche das Volk.

Außerdem wird in dem Rundschreiben von jedem Parteigenossen verlangt, bei Zwangsversteigerungen nicht mit zu bieten und auch einen moralischen Druck auf die anderen Parteigenossen auszuüben, sich ebenfalls fernzuhalten.

Zollfreie Gefrierfleisch-Einfuhr

In der Aussprache über den Reichswehreinstzug gegen das vom Reichstag beschlossene Gesetz über die Gefrierfleisch-Einfuhr hatte der Vertreter der Reichsregierung betont, daß eine Wiedereinführung des Gefrierfleischkontingentes auf dem Lande wie Sprengpulver wirken würde. Der Einspruch des Reichsrates trifft völlig das Richtige. Die Viehpreise seien seit Januar 1931 nahezu um die Hälfte gesunken und der Bauer müßte infolgedessen zu Schleuderpreisen verkaufen. Die Ausfuhrmehrfachheiten für Schlachtwild und Fleisch seien infolge der Maßnahmen der Nachbarländer auf ein Minimum zurückgegangen.

Nach Ablehnung des Reichsrats-Einstpruches nahm der Reichsausschuß noch mit den

Entscheiden der Sozialdemokratie und Kommunisten einen neuen Gesetzentwurf der Sozialdemokraten an, wonach mit Rückwirkung vom 1. März vorigen Jahres jährlich 50 000 Tonnen Gefrierfleisch zollfrei zur Einfuhr zugelassen werden sollen.

Schlechte Beschäfte bei der Reichsbahn

Die „Die Reichsbahn“ mitteilt, hat der Güterverkehr der deutschen Reichsbahn im Dezember 1931 einen bisher nicht gekannten Tiefstand erreicht. Der Rückgang des Güterverkehrs betrug gegenüber dem Jahre 1929 an der Wagenstellung gemessen fast 22 v. D.

Der Personenverkehr erreichte in der Weihnachtzeit durch tarifliche Erleichterungen einen beachtlichen Umfang. Im Dezember 1931 wurden 3403 überplanmäßige Züge gefahren gegenüber 3808 im Dezember 1930.

Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieben gegenüber Dezember 1930 um rund 16 v. D. zurück.

Zum Schutz des Grundbesitzes

Der Deutsche Ostmarkenverein hat den zuständigen Regierungsstellen sowie den parlamentarischen Parteien den Entwurf eines neuen Reichsgesetzes über den Verkauf von landwirtschaftlichen Grundstücken und solchen in Ortsteilen bis 50 000 Einwohner“ eingereicht.

Der Gesetzentwurf sieht vor, daß die Amtsgerichte verpflichtet sein sollen, bei allen Grundstücksverkäufen — mit Ausnahme von Rechtsgefällen zwischen fiskalischen Stellen oder nahen Verwandten — der zuständigen Behörde vor der Eintragung in das Grundbuch Mitteilung zu machen. Die zuständige Behörde kann dann ohne Angabe von Gründen den Kaufvertrag durch Einspruch unwirksam machen. Allerdings muß dann der Landesfiskus auf Verlangen des Eigentümers das Grundstück zu einem angemessenen Preise übernehmen.

In der Begründung zu dem Gesetzentwurf heißt es u. a.: Das richtige Verhältnis eines Volkes zu seinem Boden ist eine der wichtigsten Grundlagen seiner Kraft und Existenzfähigkeit. Jedes Volk muß deshalb auch darauf bedacht sein, daß der Boden, vor allem der landwirtschaftlich genutzte Boden, in Händen bleibt, die geeignet sind, Träger der Aufgaben zu sein, die mit dem Bodenbesitz verknüpft sind.

Pius XI. regiert 10 Jahre

Heute, am 6. Februar, sind zehn Jahre vergangen, seitdem Achille Ratti, Kardinal und Bischof von Mailand, zum Pontifex Maximus der römisch-katholischen Kirche gewählt wurde. Es ist kein Zufall, daß das feierliche Pontifikatamt zur Erinnerung an den Krönungstag am 12. Februar in diesem Jahre erstmalig durch Rundfunk in die ganze Welt übertragen wird. Die Verwendung aller modernen Errungenschaften für die Verkündigung des katholischen Christentums entspricht der Lebensauffassung des jetzt 75-jährigen Papstes.

Eine der Hauptaufgaben Pius XI. war die Verlösung der Kirche mit Italien. Sie gelang nach langen schwierigen Verhandlungen durch den Lateranvertrag vom 11. Februar 1929. Im gleichen Jahre kam auch das Konkordat mit der italienischen Regierung zustande; auch mit anderen Ländern wurden Konkordate abgeschlossen, so mit Letland, Bagnern, Polen, Lithestowakel, Portugal und Preußen. Eine großartige und weitreichende Politik wurde unter Pius XI. gegenüber Russland betrieben. Die geistlich-seelsorgliche Haltung des Papstes entfalte sich vor allem in der „Katholischen Aktion“, einem kulturpolitischen Sammlungsversuch größten Stil.

Das Neueste vom Tage Frankreich ist begeistert.

Paris, 6. Febr. (Radio.) Der französische Vorschlag auf der Abrüstungskonferenz in Genf, der gestern von Lardieu dem Büro der Abrüstungskonferenz unterbreitet wurde, wird von einem großen Teil der Pariser Presse begeistert aufgenommen. Die Reichspresse und auch die gemäßigten Blätter sind allgemein der Auffassung, daß Frankreich durch den Plan wesentlich zur Organisierung der Sicherheit und des Friedens beitrage, während die Volksblätter ihn als ein plummes Propagandamittel verwerfen.

Bildhauer Prof. Ludwig Dasso gestorben.

München, 6. Februar (Radio.) Infolge Herzschlag verstarb in München der bekannte Meister der deutschen Meidallenkunst, Bildhauer Prof. Ludwig Dasso im 61. Lebensjahre. Seine Tätigkeit als Bildhauer erstreckte sich auch auf monumentale figurliche Plastik.

Wettervorhersage.

Teils noch heiter, teils auch Nebel oder Hochnebel. Nachts erheblicher Strahleneinbruch bis gegen -10 Grad. Im Gebirge auch darunter. Tagestemperaturen in der Ebene bis in die Höhe des Nullpunktes ansteigend. Berge der Mittelgebirge infolge Temperaturumkehr mit der Höhe teilweise höhere Temperaturen als die tieferen Lagen.

Zum Wer wird beben den sein

In unfer Thema burdgeführt — das ist Kernfrage

leider nur ist, daß man alles Unbe nach Auf set, so drü

Das Ver Opfer, dem

Opfer, dem

Für die ist der M größter V bers jetzt

Beide werd in das O

beruht auf

Der Ver Wite gestit rund 45 000 nach 20

Stadtteilen, den, immer

knapp 100 000, davon

etwa 20 000 auf

der Stadt

der Stadt

der Stadt

der Stadt

der Stadt

der Stadt

der Stadt

